

AHV: Langfristige Lösung aufgeschoben

Wie erwartet, stimmte der Landtag nur für die 100 Millionen Sonderstaatsbeitrag.

Patrik Schädler

Eine AHV-Diskussion kurz vor den Wahlen ist keine gute Idee. Dies zeigte die gestrige 2. Lesung zur langfristigen Sicherung der wichtigsten Vorsorgeeinrichtung. Von der Vorlage der Regierung blieb, wie zu erwarten, nur ein Punkt übrig: Die AHV wird einen einmaligen Sonderstaatsbeitrag von 100 Millionen Franken erhalten. Finanziert wird dieser Zuschuss über einen besonders hohen und einmaligen Steueranfall durch die Ikea-Stiftung «Interogo» von etwa 280 Millionen Franken.

Dem Finanzbeschluss 100 Millionen Franken stimmten 19 Abgeordnete zu. Doch die vorgeschlagene Gesetzesänderung von Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini wurde abgelehnt. Dies hatte sich jedoch bereits in der ersten Lesung im Oktober-Landtag abge-

zeichnet. Damit die Reserven der AHV bis 2038 nicht auf unter fünf Jahresausgaben fallen, wollte die Regierung die AHV-Beiträge ab 2024 von 8,1 auf 8,7 Prozent erhöhen. Die Arbeitnehmer müssten dann 0,18 Prozent ihres AHV-pflichtigen Lohns einzahlen. Damit die Arbeitgeber ebenfalls nur mit 0,18 Prozentpunkten zusätzlich belastet werden, soll deren Beitrag an die Familienausgleichskasse um 0,24 Prozentpunkte reduziert werden. Dieser Vorschlag wurde vom Landtag mit 13 zu 12 Stimmen abgelehnt.

Neue Regierung und neuer Landtag sollen nochmals ran

Der einzige Versuch, die finanzielle Situation der AHV langfristig zu verbessern, kam von der Freien Liste. Sie beantragte den jährlichen Staatsbeitrag an die AHV von 30 auf 40 Millionen

Franken zu erhöhen. Dies, um eine langfristige und umfassende Betrachtung zu ermöglichen. Und «bis dahin sollen die Kürzungen des AHV-Staatsbeitrages aufgrund der Sanierung des Staatshaushaltes zum Teil zurückgenommen werden», erklärte FL-Fraktionssprecher Georg Kaufmann. Doch auch dieser Ansatz wurde mit nur sieben Stimmen deutlich abgelehnt.

Erfolgreich war Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini am Ende mit seinem Antrag, dass die neue Regierung bis im Herbst 2021 einen neuen Vorschlag mit aktualisierten Zahlen vorlegt und der Landtag sich der Sache wieder annimmt. Dazu sagten alle Abgeordneten Ja. Das Problem wurde damit aufgeschoben, aber nicht aufgehoben. Doch ohne Wahlen können die Abgeordneten vermutlich mit kühlerem Kopf an die Sache ran gehen. 5

Weg für eine Gesamtschau offen

Dass die vorgeschlagenen AHV-Massnahmen keine Mehrheit finden, war abzusehen. Eine Hypothek und Chance für den neuen Landtag.

Patrik Schädler

Die gestrige Debatte zur langfristigen finanziellen Sicherung der AHV war inhaltlich eine Kopie der ersten Lesung im Oktober. Schon damals konnten sich nur die vier Abgeordneten Elfried Hasler (FBP), Eugen Nägele (FBP), Daniel Seger (FBP) und Ado Vogt (DU) vollumfänglich hinter die Regierungsvorlage stellen. Ansonsten gingen schon im Oktober die Meinungen weit auseinander. Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini änderte seine Vorlage nicht und auch vonseiten des Landtages kamen mit Ausnahme der Freien Liste keine Abänderungsanträge.

So war es nicht überraschend, dass das Paket scheiterte. Die von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung der AHV-Beitragsätze von 8,1 auf 8,7 Prozent ab dem Jahr 2024 wurde mit 13:12 Stimmen nur knapp abgelehnt. Gegen diese Erhöhung stimmten die gesamte VU-Fraktion, die drei FL-Abgeordneten, Erich Hasler (DpL) und Wendelin Lampert (FBP).

Mehr Vorwürfe anstatt Diskussion

Was danach folgte, waren mehr oder weniger gegenseitige Vorwürfe. Die drei FBP-Abgeordneten Wendelin Lampert, Alexander Batliner und Johannes Kaiser verwiesen erneut in mehreren Voten auf ihre «beste



Die Positionen zu den AHV-Vorschlägen der Regierung haben sich in den letzten zwei Monaten nicht verändert. Deshalb scheiterte die Vorlage. Nur der einmalige Staatsbeitrag über 100 Millionen Franken wurde angenommen.

Bild: Daniel Schwendener

Lösung» hin, welche aber schon im März von einer deutlichen Mehrheit der Abgeordneten und der Regierung als untauglich taxiert wurden. Dabei wollten sie die AHV-Beiträge erhöhen, und um dies zu kompensieren, den Staatsbeitrag an die Obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) erhöhen. Mit dieser Mischlösung

sollten alle, zumindest kurzfristig, schadlos gehalten werden. Auf die Frage von Thomas Lageder (FL), warum sie denn keinen Antrag für «ihre beste Lösung» gestellt hätten, antwortete der FBP-Fraktionssprecher Daniel Oehry: «Der Vorschlag der Regierung ist gut. Die FBP-Fraktion hat ihren Vorschlag nicht mehr eingebracht, weil er

keine Mehrheit gefunden hätte.» Harry Quaderer kommentierte die Diskussion in seiner letzten Sitzung so: «Was heute abgeht, ist Wahlkampf auf tiefstem Niveau. Es ist ein Trauerspiel für dieses Hohe Haus.» Überraschend war jedoch auch das nicht, da sich in den letzten zwei Monaten keine Parameter geändert haben. Gesellschafts-

minister Mauro Pedrazzini bezeichnete die Ablehnung als «eine verpasste Chance und grosse Hypothek für die nächste Legislaturperiode». Er zog Parallelen zur staatlichen Pensionskasse. Auch dort hätten die günstigen Lösungen keine Mehrheiten gefunden und sie sei zum politischen Spielball geworden. «Jetzt wurde die AHV

zum politischen Spielball. Doch die AHV ist um einiges grösser. Wenn es dort scherbelt, wird das Problem noch viel grösser sein.» Deshalb sollte man aus seiner Sicht nicht warten bis zum nächsten versicherungstechnischen Gutachten. Darum stellte er gleich selbst den Antrag, dass der Landtag die Regierung beauftragen soll, bis im Herbst 2021 einen neue Vorlage zu unterbreiten. «Ich kann Ihnen aber sagen, dass auch dieser auf eine Beitragserhöhung hinauslaufen wird», so Mauro Pedrazzini. Dieser Antrag fand einhellige Zustimmung.

Wenaweser: «Es gilt, alle Sozialwerke zu betrachten»

Für den abtretenden VU-Abgeordneten Christoph Wenaweser ist dies eine Chance: «Wir müssen die Sozialwerke in einer Gesamtschau betrachten. Vielleicht wäre es sogar sinnvoll, dazu einen Sonderlandtag abzuhalten.» Es brauche eine Lösung für die AHV, für die Pensionskassen und die Pflege und Betreuung Alter. Hier brauche es auch eine Gesamtfinanzierungslösung. «Und weit weg von den Landtagswahlen wird man sich auch die Erhöhung des Rentenalters wieder in den Mund zu nehmen trauen. Denn wir werden nicht darum herumkommen. Die demografische Entwicklung wird uns ganz einfach dazu zwingen.»